

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Mai 2025

Inhalt

Nachrichten aus den europäischen Institutionen	1
EU-Parlament: LIBE-Ausschuss schlägt neue Regeln gegen sexuellen Kindesmissbrauch vor	1
EU-Rat betont Kinderschutz für die Überprüfung der Audiovisual Media Services Directive (AVMSD)	1
EU-Kommission: Entwurf und Konsultation zu Leitlinien für den Kinderschutz auf Online-Plattformen	1
Konflikt um Ungarns Kinderschutz- und Transparenzgesetze sowie die Budapest Pride Parade.....	2
Europarat: neue Empfehlungen für Verfahren zur elterlichen Trennung und Fremdunterbringung	2
EU-Parlament verlangt, die geplante allgemeine Gleichbehandlungsrichtlinie nicht zu streichen	2
Vertragsverletzungsverfahren zur Anerkennung der Qualifikationen von Krankenpfleger:innen	3
Europäischer Ausschuss der Regionen fordert, junge und künftige Generationen zu schützen	3
Neun EU-Mitgliedstaaten kritisieren den EuGH beim Thema Migration	3
EU-Konsultationen: Generationengerechtigkeit, Geschlechtergleichstellung und bezahlbares Wohnen.....	4
Nachrichten aus den europäischen Staaten.....	4
Vereinigtes Königreich: Väter streiken am 11. Juni für eine gerechtere Elternzeit	4
Schweiz: Verbot oder Reform internationaler Adoptionen?	4
Italien: Urteile zu Elternrechten von LGBTQ+-Paaren.....	4
Schweiz: Gesetzentwurf zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege	5
Frankreich: Recht auf ein selbstbestimmtes Lebensende und Sterbehilfe beschlossen.....	5
Frankreich: Rauchverbot in öffentlichen Bereichen zum Schutz von Kindern	5
Weitere Nachrichten	6
Weltgesundheitsversammlung beschließt, digitales Marketing von Säuglingsmilch zu regulieren	6
Handbuch für familienfreundliche Arbeitsmodelle in kleinen und mittleren Schweizer Unternehmen.....	6
<i>Kurznachrichten: UN-Konsultation und UN-Event zu Familien, EU-Strategie Better Internet for Kids+.....</i>	<i>6</i>
Berichte und Studien	7
OECD: Wie ist das Leben für Kinder im digitalen Zeitalter?.....	7
UNICEF: das Wohlergehen von Kindern am Ende der COVID-19-Pandemie.....	7
IHME: weltweites Vorkommen von sexueller Gewalt gegen Kinder 1990-2023	7
UN und EU: Fast 38 Millionen Kinder unter fünf Jahren sind weltweit akut unterernährt.....	8
<i>Kurznachrichten: demografischer Wandel, berufliche Orientierung.....</i>	<i>8</i>
Bevorstehende Veranstaltungen	8

Nachrichten aus den europäischen Institutionen

EU-Parlament: LIBE-Ausschuss schlägt neue Regeln gegen sexuellen Kindesmissbrauch vor

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des Europäischen Parlaments hat einstimmig beschlossen, dass die Regeln zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern (CSA) aktualisiert werden sollen. Dabei soll der Einsatz von KI-Systemen, die hauptsächlich für CSA-Verbrechen entwickelt oder angepasst wurden, unter Strafe gestellt werden. Auch das Livestreaming von CSA und die Online-Verbreitung von entsprechendem Material sollen abgedeckt werden. Zum anderen sollen die Höchststrafen für eine Reihe von CSA-Delikten erhöht und Verjährungsfristen abgeschafft werden, weil die meisten Opfer erst lange Zeit nach der Straftat über ihre Erfahrungen sprechen. Außerdem soll kein Mitgliedstaat auf Zustimmung basierende Interaktionen zwischen Gleichaltrigen kriminalisieren, sofern diese keinen Missbrauch von Vertrauen oder Abhängigkeit beinhalten. Die Vortäuschung der Gleichaltrigkeit soll jedoch ein strafverschärfender Umstand sein.

Das Plenum des EU-Parlaments wird Mitte Juni seine Position hierzu beschließen und danach mit dem Ministerrat über die endgültige CSA-Direktive verhandeln (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 12/24](#)). Der Ministerrat befasst sich außerdem schon länger mit dem Entwurf einer Verordnung gegen sexuellen Kindesmissbrauch (CSA-R), die bisher nicht die erforderliche Mehrheit gefunden hat (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 3/25](#)). Zu diesem Entwurf haben 39 Organisationen und 43 Datenschutzexpert:innen geäußert, dass keine technische Lösung existiere, die den Strafverfolgungsbehörden den Zugang zu verschlüsselten Online-Diensten ermögliche und gleichzeitig die Privatsphäre sowie die IT-Sicherheit wahre.

- [EU-Parlament, LIBE: CSA – updated rules to address new technological risks](#) (zur CSA-Direktive) 
- [Academics, technologists and other experts on EU Technology Roadmap on encryption](#) (zur CSA-R)  

EU-Rat betont Kinderschutz für die Überprüfung der Audiovisual Media Services Directive (AVMSD)

Der Ministerrat hat Schlussfolgerungen für die 2026 anstehende Überarbeitung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie) gebilligt. Die Vorschriften sollen ein hohes Schutzniveau für Kinder und Jugendliche gewährleisten und dabei den internationalen Charakter der am häufigsten genutzten On-Demand-Dienste berücksichtigen. Die Bestimmungen für Video-Sharing-Plattformen wie Netflix, YouTube und Tiktok sollen robust genug sein, um die Allgemeinheit vor Schaden und anderen gesellschaftlichen Risiken zu schützen.

- [EU-Rat: Conclusions on the legal framework for audiovisual media services](#)  

EU-Kommission: Entwurf und Konsultation zu Leitlinien für den Kinderschutz auf Online-Plattformen

Die Europäische Kommission hat am 13. Mai 2025 einen Entwurf für neue Leitlinien für den Schutz von Minderjährigen im Internet im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste (DSA) veröffentlicht. Gleichzeitig hat sie eine öffentliche Konsultation zu den geplanten Empfehlungen gestartet, die bis zum 10. Juni 2025 läuft. Die Leitlinien zum Schutz von Jugendlichen gemäß Artikel 28 des Gesetzes über digitale Dienste sehen zum Beispiel die Überprüfung des Alters der Nutzer:innen vor. Aber auch die Art und Weise, wie auf den Online-Plattformen Inhalte den Nutzer:innen präsentiert werden, soll verbessert werden. Darüber hinaus enthält der Entwurf Moderationsverfahren für kindersichere Inhalte und kinderfreundliche Meldewege. Die Leitlinien sollen bis zum Sommer 2025 verabschiedet werden. Derweil drängen Spanien, Griechenland und Frankreich die Kommission zur raschen Einführung eines EU-weit obligatorischen Systems zur Altersverifikation, das auch Mechanismen zur elterlichen Kontrolle enthalten soll. Zudem fordern sie die Festlegung eines Mindestalters (z. B. 15 Jahre) für den

Zugang zu sozialen Medien. Laut den Leitlinien der EU-Kommission soll die Altersverifikation jedoch nur als Sperre gegen unangemessene oder pornografische Inhalte verwendet werden.

- [EU-Kommission: Konsultation und Draft Guidelines zu § 28 DSA](#) 
- [Spanien, Griechenland und Frankreich: Protecting Minors from Online harms and risks](#)  

Konflikt um Ungarns Kinderschutz- und Transparenzgesetze sowie die Budapest Pride Parade

Eine aktuell von 20 EU-Mitgliedstaaten unterstützte Stellungnahme verlangt von Ungarn, seine jüngste Änderung des Kinderschutzgesetzes zurückzunehmen. Die Änderung untersagt LGBTQ+-Veranstaltungen und erlaubt der Polizei den Einsatz von Gesichtserkennungssoftware zur Identifizierung der Teilnehmenden (s. [AGF-EuropaNews 3/25](#)). Die Staaten betonen, dass damit unter dem Vorwand des Kinderschutzes die im EU-Vertrag festgelegten Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie auf Privatsphäre verletzt würden. Die jährliche Budapest Pride Parade, die am 28. Juni stattfinden soll, sei davon bedroht. Falls Ungarn seine Maßnahmen nicht zurückziehe, solle die EU-Kommission alle rechtlich verfügbaren Maßnahmen ergreifen. Im Gespräch sind eine direkte Erlaubnis der Veranstaltung durch die EU, ein Vertragsverletzungsverfahren sowie der Entzug weiterer EU-Mittel und des Stimmrechts. Die EU-Kommission hat bereits eine Klage gegen das ‚Kinderschutzgesetz‘ eingereicht. Die Kommission wendet sich auch gegen das nach russischem Vorbild geplante Gesetz zur „Transparenz des öffentlichen Lebens“, mit dem ausländisch finanzierte Medien und NGOs trockengelegt und aufgelöst werden könnten. Über 320 Organisationen hatten sich in einem Offenen Brief bereits dagegen gewandt. Mittlerweile hat der polnische Ratsvorsitz eine Position zur Stärkung der Resilienz der Demokratie herausgegeben, die jedoch von nur 25 der 27 Mitgliedstaaten unterstützt wurde. In diesem Zusammenhang haben 60 Mitglieder des Europaparlamentes die Kommission aufgefordert, bei der Budapest Pride Parade präsent zu sein.

- [Netherlands at the EU \(auf X\): Statement by 17 EU Member States](#) 
- [EU-Ratsvorsitz: Schlussfolgerungen zur Stärkung der Resilienz der Demokratie](#)  

Europarat: neue Empfehlungen für Verfahren zur elterlichen Trennung und Fremdunterbringung

Das Ministerkomitee des Europarates hat zwei Empfehlungen verabschiedet, die den Schutz der Rechte und des Wohls des Kindes in Verfahren stärken sollen, die die elterliche Trennung oder Fremdunterbringung betreffen. Zusammen mit ausführlichen Begründungen bieten diese Empfehlungen den innerstaatlichen Behörden Leitlinien für die Berücksichtigung der Umstände, die bei der Beurteilung des Kindeswohls in Verfahren, die die Trennung der Eltern oder die Fremdunterbringung eines Kindes betreffen, relevant sein können.. Sie zielen zudem darauf ab, dass die materiellen und Verfahrensrechte der von diesen Verfahren betroffenen Kinder, einschließlich des Rechts auf Information und Anhörung, vollständig umgesetzt werden und die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit, der Nichtdiskriminierung und der zügigen Durchführung der Verfahren beachtet werden.

- [Europarat: Recommendation on the protection of the child in parental separation proceedings](#) 
- [Europarat: Recommendation on the protection of the child in care proceedings](#) 

EU-Parlament verlangt, die geplante allgemeine Gleichbehandlungsrichtlinie nicht zu streichen

Die Konferenz der Ausschussvorsitzenden des Europäischen Parlaments fordert die Europäische Kommission auf, die Streichung der geplanten horizontalen Gleichbehandlungsrichtlinie aus dem Arbeitsprogramm der Kommission rückgängig zu machen. Dieses Vorhaben soll die bestehende Richtlinie zur Gleichbehandlung am Arbeitsplatz ergänzen. Seit 2009 konnte jedoch im Ministerrat keine Einigung erzielt werden, deshalb hatte die Kommission das

Unterfangen gestrichen (s. [AGF-EuropaNews 2/25](#)). Dagegen regte sich Widerspruch (s. [AGF-EuropaNews 4/25](#)). Die Kommissarin für Gleichstellung, Abwehrbereitschaft und Krisenmanagement, Hadja Lahbib, lotete im Parlamentsausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) konkrete nächste Schritte aus und sagte zu, dass eine endgültige Entscheidung nicht vor August 2025 getroffen werde. Das Parlament möchte außerdem die Streichung dreier weiterer Gesetzesvorhaben revidieren, darunter die AI-Haftungsrichtlinie.

- [EU-Parlament, Conference of Committee Chairs: Letter on the Commission Work Programme](#)  

Vertragsverletzungsverfahren zur Anerkennung der Qualifikationen von Krankenpfleger:innen

Die Europäische Kommission hat Deutschland und weitere 13 Mitgliedstaaten aufgefordert, die Vorschriften zur Anerkennung der Berufsqualifikationen von in Rumänien ausgebildeten Krankenschwestern und Krankenpflegern vollständig umzusetzen. Das Verfahren wurde eingeleitet, weil die betroffenen Mitgliedstaaten der Kommission nicht mitgeteilt hatten, inwieweit ihre Maßnahmen eine vollständige Umsetzung der neuen Vorschriften in ihr nationales Recht darstellen. Die Mitgliedstaaten haben nun zwei Monate Zeit zu antworten.

- [Commission calls on Member States to fully transpose rules on recognition of qualifications](#) 

Europäischer Ausschuss der Regionen fordert, junge und künftige Generationen zu schützen

Die Fachkommission für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur (SEDEC) des Europäischen Ausschusses der Regionen hat eine Stellungnahme für eine faire und nachhaltige Politik beschlossen, um die Rechte junger Menschen und künftiger Generationen zu schützen. Die Vertreter:innen von Regionen und Städten betonten, dass die Generationengerechtigkeit für nachhaltige und widerstandsfähige Gesellschaften von entscheidender Bedeutung sei. Die derzeitigen politischen Maßnahmen und insbesondere die geplante Europäische Strategie für Generationengerechtigkeit müssten langfristige Auswirkungen berücksichtigen, insbesondere in den Bereichen Klimaschutz und Klimagerechtigkeit, Biodiversität, demografischer Wandel, Jugendarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung, bezahlbarer Wohnraum sowie Altersversorgung und Pflege. Neue Ansätze der Governance seien dringend erforderlich, um dem kurzfristigen Charakter der europäischen Politik zu begegnen. Die EU wird daher nachdrücklich aufgefordert, die Generationengerechtigkeit und die Jugendperspektive in alle Bereiche der Politikgestaltung einzubetten. Die EU-Strategie für Generationengerechtigkeit solle zu einem „moralischen Kompass“ für eine bessere Politikgestaltung werden.

- [Europäischer Ausschuss der Regionen: Regionen und Städte fordern eine faire und nachhaltige Politik](#)

Neun EU-Mitgliedstaaten kritisieren den EuGH beim Thema Migration

Belgien, Dänemark, Estland, Italien, Lettland, Litauen, Österreich, Polen und Tschechien drängen in einem Offenen Brief auf eine politische Debatte darüber, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Europäische Menschenrechtskonvention auslegt, insbesondere in Fragen der Migration. Die Staaten erklären, dass sie auf nationaler Ebene mehr Spielraum haben sollten, um über die Ausweisung krimineller Ausländer:innen zu entscheiden, und warnen davor, dass der Gerichtshof die Konvention in der Vergangenheit über ihre ursprüngliche Intention hinaus gedehnt und das Gleichgewicht der geschützten Interessen gestört habe. Was einst richtig war, mag nicht mehr die Antwort von morgen sein, heißt es in dem Schreiben. Der Gerichtshof mit Sitz in Straßburg setzt die Konvention in den 46 Mitgliedstaaten des Europarates durch, darunter alle EU-Mitglieder. Der Generalsekretär des Europarats, Alain Berset, verurteilte den Versuch, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu „politisieren“.

EU-Konsultationen: Generationengerechtigkeit, Geschlechtergleichstellung und bezahlbares Wohnen

Die Europäische Kommission hat drei öffentliche Konsultationen gestartet, um die neue Strategie für Generationengerechtigkeit, die Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2026–2030 und den neuen Plan „Erschwinglicher Wohnraum“ zu gestalten. Es sollen Vorschläge für eine lebenswerte Gesellschaft für alle Generationen gesammelt werden. Parallel dazu wird eine Konsultation zur Gleichstellungsstrategie durchgeführt. Mit dem Plan „Erschwinglicher Wohnraum“ will die Kommission die strukturellen Ursachen des Problems angehen und zu diesem Zweck öffentliche und private Investitionen freisetzen. Das Subsidiaritätsprinzip soll dabei gewahrt werden. Die Konsultation zu bezahlbarem Wohnen läuft nur noch bis zum 4. Juni, wird aber im Herbst um eine weitere ergänzt.

- [EU-Kommission, Plattform für Bürgerbeteiligung: Generationengerechtigkeit](#)
- [EU-Kommission, Plattform für Bürgerbeteiligung: Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter](#)
- [EU-Kommission, Plattform für Bürgerbeteiligung: Plan für erschwinglichen Wohnraum](#)

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Vereinigtes Königreich: Väter streiken am 11. Juni für eine gerechtere Elternzeit

Die Vereinigung „The Dad Shift“, die Aufklärungskampagnen und Proteste organisiert, führt eine Kampagne durch, um gegen die Regelung der Elternzeit zu protestieren: Väter können aktuell nur zwei Wochen Elternzeit nehmen, die mit weniger als der Hälfte des Mindestlohns bezahlt werden, d. h. mit rund 184 Pfund pro Woche (etwa 215 Euro). Dies sei für viele Familien unzureichend, so dass viele Väter ganz darauf verzichten würden, ihre Elternzeit in Anspruch zu nehmen. Das Vereinigte Königreich liege daher in der OECD-Rangliste der öffentlichen Ausgaben für Elternzeit an letzter Stelle. Am 11. Juni werden sich Väter freistellen lassen und „Streikposten“ vor dem Wirtschaftsministerium in London und dem Schottischen Parlament in Edinburgh aufstellen, an denen die Väter mit ihren Kindern teilnehmen..

Schweiz: Verbot oder Reform internationaler Adoptionen?

Nach einigen Fällen von Missbrauch des Adoptionsrechts hat sich die Bundesregierung Anfang des Jahres dafür entschieden, ein Verbot neuer internationaler Adoptionen auf den Weg zu bringen. Sie hat sich dabei auf die Empfehlung einer eingesetzten Expertengruppe gestützt. Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates – der ersten Parlamentskammer der Schweiz – hat daraufhin die Regierung beauftragt, ihre Entscheidung zurückzunehmen und stattdessen eine Änderung der bisherigen Regelungen vorzulegen, die das Risiko des Missbrauchs reduziert. Die Regierung hat nun damit geantwortet, dass sie von Anfang an zwei Varianten in dem Gesetzgebungsverfahren vorschlagen wollte, um eine breite gesellschaftliche Diskussion zu diesem sensiblen und komplexen Thema zu fördern: das von der Regierung bevorzugte Verbot sowie eine Reform der internationalen Adoption. Beide Vorlagen wird nun das Justizministerium (EJPD) ausarbeiten.

Italien: Urteile zu Elternrechten von LGBTQ+-Paaren

Ein Jugendgericht hat einem gleichgeschlechtlichen Paar die Adoption seines zweiten Kindes genehmigt, das im Ausland durch Leihmutterschaft geboren wurde. Das Urteil erging trotz eines Gesetzes aus dem Jahr 2024, das die Leihmutterschaft allgemein unter Strafe stellt, auch wenn sie im Ausland durchgeführt wird. Die Adoption wurde

mit der Begründung genehmigt, dass das Kind, das vor Inkrafttreten des Gesetzes gezeugt wurde, geschützt werden müsse, „unabhängig davon, wie es auf die Welt gekommen ist“.

Außerdem erklärte das Verfassungsgericht es für verfassungswidrig, nicht beiden Müttern eines lesbischen Paares die rechtliche Anerkennung zu gewähren, wenn ein Kind in Italien durch medizinisch unterstützte Reproduktion im Ausland geboren wird. Die Entscheidung betont das Recht der Kinder in solchen Fällen, sowohl die leibliche Mutter als auch die so genannte „beabsichtigte Mutter“ als rechtliche Eltern eintragen zu lassen – unbeschadet des Tenors eines italienischen Gesetzes von 2004, das den Zugang zur künstlichen Befruchtung auf heterosexuelle Paare mit Unfruchtbarkeit beschränkt und Einzelpersonen und gleichgeschlechtliche Paare ausdrücklich ausschließt.

Schweiz: Gesetzentwurf zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege

Der Bundesrat – die Regierung der Schweiz – will die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern. Ein neues Bundesgesetz soll in zehn Bereichen die Arbeitsbedingungen umgestalten. Der Bundesrat will damit die Zahl der frühzeitigen Berufsaustritte reduzieren. Zudem will er die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten für Pflegefachpersonen verbessern. Entsprechende Forderungen einer Pflegeinitiative wurden 2021 von der Stimmbevölkerung deutlich angenommen und werden in zwei Etappen umgesetzt. Die erste Etappe konzentriert sich auf die Ausbildung. Das Ausbildungsförderungsgesetz für die Pflege ist bereits am 1. Juli 2024 in Kraft getreten. Die zweite Etappe widmet sich nun der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der beruflichen Entwicklung in der Pflege. So sollen etwa Dienstpläne mindestens vier Wochen im Voraus festgelegt werden, wobei kurzfristige Anpassungen im Dienstplan gegen einen finanziellen oder zeitlichen Ausgleich weiterhin möglich sein werden. Zudem wird die wöchentliche Höchstarbeitszeit um fünf Stunden auf neu 45 Stunden reduziert, und die wöchentliche Normalarbeitszeit auf 40 bis 42 Stunden. Überstunden müssen dann grundsätzlich durch Freizeit ausgeglichen werden. Ist dies nicht möglich, gilt ein Lohnzuschlag von mindestens 25 %. Sonn- und Feiertagsarbeit werden mit Freizeit und einem Lohnzuschlag von mindestens 50 % abgegolten.

Frankreich: Recht auf ein selbstbestimmtes Lebensende und Sterbehilfe beschlossen

Die Nationalversammlung hat nach längerer Diskussion mit großer Mehrheit ein Gesetz zu selbstbestimmtem Sterben und Sterbehilfe verabschiedet (s. [AGF-EuropaNews 4/24](#)). Berechtigt sind demnach nur Patient:innen, die einen festen Wohnsitz in Frankreich haben, volljährig und uneingeschränkt urteilsfähig sind und sich nach der Diagnose von mindestens zwei Ärzt:innen im Endstadium einer unheilbaren Krankheit befinden sowie dauerhaft körperlich oder seelisch darunter leiden. Ihnen erlaubt das Gesetz, nach einer Überlegungszeit von zwei Wochen ein tödliches Mittel zu erhalten und es selbst einzunehmen. Sind sie dazu nicht mehr in der Lage, darf eine beauftragte Person das Mittel verabreichen. Demenzkranke erfüllen diese Kriterien nicht. Gegen den Gesetzentwurf wurden Bedenken vorgebracht, dass das Leben zu wenig geschützt werde, wenn Menschen aufgrund mangelnder Pflegeangebote ihrem Leben ein Ende setzen oder durch die Neuregelung einen Druck empfinden, ihren Angehörigen nicht länger zur Last zu fallen. Der Gesetzentwurf bedarf noch der Zustimmung des Senats, von dem Änderungen zu erwarten sind, über die dann vermutlich Anfang 2026 wieder die Nationalversammlung entscheiden müsste. Für den Fall einer Blockade hat Präsident Macron ein Referendum über die Sterbehilfe angekündigt. In Umfragen ist eine große Mehrheit dafür.

Frankreich: Rauchverbot in öffentlichen Bereichen zum Schutz von Kindern

In Frankreich hat die Regierung ein Rauchverbot in öffentlichen Bereichen angekündigt, unter anderem der Umgebung von Schulen, Bushaltestellen und Sportanlagen. Wer gegen das neue Rauchverbot verstößt, muss 135

Euro Strafe zahlen. Mit dieser vom 1. Juli an greifenden Maßnahme sollen vor allem Kinder geschützt werden. Ziel sei es, dass die Kinder, die 2025 geboren werden, die erste rauchfreie Generation sind. Bereits bislang hatten zahlreiche Kommunen in eigener Verantwortung ein ähnliches Verbot erlassen. Einbezogen würden auch Schulbereiche, sodass Jugendliche nicht mehr vor der Schule rauchen dürfen. Das Verbot wird nur in den genannten öffentlichen Bereichen gelten. Die Regierung betont, dass die Freiheit zu rauchen dort enden würde, wo das Recht der Kinder auf saubere Luft beginne.

Weitere Nachrichten

Weltgesundheitsversammlung beschließt, digitales Marketing von Säuglingsmilch zu regulieren

Auf der Jahresversammlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) einigten sich die Mitgliedstaaten darauf, die digitale Vermarktung von Säuglingsmilch und Babynahrung zu regeln. Die Werbung stelle oft irreführende Behauptungen über die Vorteile von Folgemilchprodukten auf, werbe für ungesunde Babynahrung und verstärke negative Mythen über das Stillen. Die Resolution ruft dazu auf, energische Anstrengungen zu unternehmen, um die Regulierung des digitalen Marketings zum Schutz der Gesundheit von Kindern zu entwickeln, zu stärken und zu koordinieren. Sie fordert die Länder auf, wirksame Systeme zur Überwachung und Durchsetzung zu schaffen.

Darüber hinaus kamen die Mitgliedstaaten überein, die Anstrengungen im Bereich der Arbeitskräfte im Gesundheits- und Pflegebereich zu beschleunigen. Sie einigten sich zudem auf ein Pandemieabkommen, eine Aktualisierung des Aktionsplans zur Verringerung der Todesfälle durch Antibiotikaresistenz sowie ein Ziel zur Halbierung der gesundheitlichen Auswirkungen der Luftverschmutzung.

- [Seventy-eighth World Health Assembly – Daily update: 26 May 2025](#) 

Handbuch für familienfreundliche Arbeitsmodelle in kleinen und mittleren Schweizer Unternehmen

Um kleine und mittlere Unternehmen (KMU) auf dem Weg zu mehr Familienfreundlichkeit zu unterstützen, hat das Schweizer Staatssekretariat für Wirtschaft das KMU-Handbuch „Beruf und Familie“ aktualisiert. Seit der letzten Überarbeitung habe sich viel getan – etwa in der Gesetzgebung oder im Bereich digitaler Arbeitsformen. Die komplett überarbeiteten Praxisbeispiele sollen zeigen, wie Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen erfolgreiche Lösungen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefunden haben.

- [Staatssekretariat für Wirtschaft: Neues KMU-Handbuch «Beruf und Familie»](#)

Kurznachrichten: UN-Konsultation und UN-Event zu Familien, EU-Strategie Better Internet for Kids+

- Der UN-Sonderberichterstatler für die Rechte von Menschen mit Behinderungen [bat um Inputs](#) für einen Bericht über die Betreuung von behinderten Kindern im familiären Umfeld. [COFACE leistete einen Beitrag.](#)
- Die UN-Kommission für Bevölkerung und Entwicklung hielt einen [Side-Event ab, der sich zur Förderung des Wohlergehens aller Menschen in jedem Alter auf das Familiensystem statt auf Individuen konzentrierte.](#)
- Die erste [Evaluierung der Europäischen Strategie für ein besseres Internet für Kinder \(BIK+\)](#) wurde veröffentlicht, inklusive einer von COFACE durchgeführten Konsultation von Eltern und Betreuer:innen.

Berichte und Studien

OECD: Wie ist das Leben für Kinder im digitalen Zeitalter?

Die Studie betont, dass Kinder recht früh an digitale Medien herangeführt werden: Im Alter von etwa 10 Jahren hatten 93 % im Jahr 2021 einen Internetzugang, und im Durchschnitt besaßen etwa 70 % der 10-Jährigen ein Smartphone. Circa 96 % der 15-Jährigen hatten zuhause Zugang zu einem Desktop-Computer, Laptop oder Tablet, während 98 % über ein Smartphone mit Internetzugang verfügten. Der Bericht untersucht die Herausforderungen, die sich daraus ergeben, dass Kinder sowohl geschützt als auch in die Lage versetzt werden sollen, digitale Medien auf vorteilhafte Weise zu nutzen und gleichzeitig mit möglichen Risiken umzugehen.

- [OECD: How's Life for Children in the Digital Age?](#) 

UNICEF: das Wohlergehen von Kindern am Ende der COVID-19-Pandemie

Die UNICEF Innocenti Report Card 19 vergleicht Daten zum Wohlergehen von Kindern in 43 OECD-Ländern in den Jahren 2018 und 2022. Dadurch können die Trends vor und gegen Ende der COVID-19-Pandemie verglichen werden. Bei den schulischen Fähigkeiten in den Bereichen Lesen und Mathematik sei bereits vor 2018 ein beträchtlicher Rückgang zu verzeichnen gewesen, der sich bis 2022 deutlich verstärkt habe. Die soziale Fähigkeit, Freundschaften in der Schule zu beginnen, sei 2022 jedoch genauso ausgeprägt gewesen wie 2018. Die subjektive Zufriedenheit der Kinder mit ihrem Leben sei in fast allen OECD-Ländern gesunken – verursacht durch weniger Zeit der Eltern für Gespräche, mehr Zeit in den sozialen Medien sowie Bullying durch Gleichaltrige. Hinzu seien Sorgen wegen bewaffneter Konflikte und des Klimawandels gekommen. Der fallende Trend der Selbstmordrate von 15-19-jährigen hat sich minimal verschlechtert. Der zurückgehende Trend der Kindersterblichkeit hat sich nicht verändert, ebenso der bereits zuvor steigende Trend zu Übergewicht und Fettleibigkeit. Der Bericht empfiehlt ein Bündel an Maßnahmen. Hierzu gehören gemeinsam von den Schüler:innen und Lehrer:innen vereinbarte Kontrollen digitaler Geräte in der Schule. Diese würden 71 % der 15-jährigen begrüßen, während nur 22-27 % einem Verbot von Mobiltelefonen oder Computern/Tablets im Klassenraum zustimmen.

- [UNICEF Innocenti Report Card 19](#)  

IHME: weltweites Vorkommen von sexueller Gewalt gegen Kinder 1990-2023

18,9 % der Frauen und 14,8 % der Männer im Alter von 20 Jahren und mehr haben als Kind sexuelle Gewalt erlebt, so das Ergebnis der bisher umfassendsten Studie zu diesem Thema. Durchgeführt wurde sie vom Institute for Health Metrics and Evaluation (IHME) an der University of Washington in Seattle. Die weltweite Häufigkeit im Jahr 2023 war seit 1990 weitgehend unverändert. Von den Betroffenen gaben fast 42 % der Frauen und etwa 48 % der Männer an, dass sie vor ihrem 16. Lebensjahr zum ersten Mal sexuelle Gewalt erfahren haben. 8 % der weiblichen und 14 % der männlichen Überlebenden gaben an, dass sie vor ihrem zwölften Lebensjahr erstmals sexueller Gewalt ausgesetzt waren. Die höchsten Prävalenzraten waren in Südasien und in Ländern mit hohem Einkommen zu beobachten. In Deutschland waren dies 19,9 % der weiblichen und 13,8 % der männlichen Betroffenen. Weltweit liegen die hohen Verbreitungsquoten weit über den Zielvorgaben der Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (SDGs) und anderer internationaler Abkommen zur Beendigung von Missbrauch, Ausbeutung, Menschenhandel und allen Formen von Gewalt gegen Kinder und Folter.

- [IHME: Nearly Half of Sexual Abuse First Happens at Age 15 or Younger, a Global Study Reveals](#) 

UN und EU: Fast 38 Millionen Kinder unter fünf Jahren sind weltweit akut unterernährt

Das Globale Netzwerk gegen Ernährungskrisen (Global Network Against Food Crises, GNAFC), ein internationales Bündnis aus den Vereinten Nationen, der Europäischen Union sowie Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, hat den Globalen Bericht über Ernährungskrisen 2025 veröffentlicht. Im Jahr 2024 sind demnach über 295 Millionen Menschen in 53 Ländern und Gebieten von akutem Hunger betroffen – ein Anstieg um fast 14 Millionen Menschen im Vergleich zu 2023. Die akute Ernährungsunsicherheit und die Unterernährung von Kindern hätten 2024 das sechste Jahr in Folge zugenommen.

- [GNAFC: Global Report on Food Crises 2025](#) 

Kurznachrichten: demografischer Wandel, berufliche Orientierung

- Ab 2025 nimmt in der OECD die Zahl der Unter-65-Jährigen ab und die der Älteren zu ([UNICEF](#), S. 12).
- Jugendliche brauchen bessere berufliche Orientierung. Die Berufserwartungen haben sich seit 2000 kaum verändert, entsprechen nicht der Nachfrage und sind vom sozialen Hintergrund dominiert ([OECD](#)).

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum / Ort	Titel und Link	Veranstalter
1. Juni 2025	Global Day of Parents – 2025: Raising Parents	UN
2. Juni 2025, online	Empowering children and youth from single and one-parent families in North Macedonia	COFACE
2.-4. Juni 2025, online und Madrid	5th World Congress on Justice With Children	Terre des hommes u. a.
4. Juni 2025	International Day of Innocent Children Victims of Aggression	UN
11. Juni 2025	International Day of Play – 2025: Choose Play – Every Day	UN
11. Juni 2025, online	The serious issue of Play – How to foster connections and well-being in an increasingly fragmented world	COFACE and Mattel
11. Juni 2025, Amsterdam	FOSI 2025 European Forum: The Philosophy, Policy, and Practice of Online Safety	FOSI (Family Online Safety Institute)
12. Juni 2025	World Day Against Child Labour	ILO, UN
12. Juni 2025, online	How AI is helping social workers free up time for care. AI and the future of social protection	OECD
16. Juni 2025	International Day of Family Remittances	UN
17. Juni 2025, online und Löwen, Belgien	AGE Annual Conference 2025: Intergenerational Solidarity in Europe	AGE Platform Europe

17.-19. Juni 2025, Bristol	First International Child and Family Conference	University of Bristol, UK
20. Juni 2025	World Refugee Day – 2025: Solidarity with Refugees	UNHCR, UN
25.-27. Juni 2025, Madeira, Portugal	Families across Space and Time; XII Congress of the European Society on Family Relations	European Society on Family Relations (ESFR)
26. Juni 2025	80 Jahre UN-Charta	UN
27.-29. August 2025, Mailand	ESPANET Annual Conference 2025: The Welfare State in the 21st Century – On the Edge of a New Era or Back to Basics?	ESPANet, University of Milan
25.-26. September 2025, Brüssel	Breaking Silos, Building Futures: Policy Innovations for Integrated Family and Child Support	COFACE Families Europe and the Odisee Centre for Family Studies

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien TraFaDy (Transnational Family Dynamics in Europe) sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e. V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 14, 10785 Berlin ·
Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: www.ag-familie.de
Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v. i. S. d. P.)

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend